

Limburger Anzeiger

Juglich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur Werktag).
Bezugspreis: monatlich 3,00 Mark einschl. Postbeihilfe.
oder Beingerlohn.
Telefon Nr. 82. — Postfachtono 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Gegr. 1888 (Limburger Tageblatt)

Berantwortlicher Redakteur Hans Antweiler,
Druck und Verlag der H. J. Schmid'scher Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die gespaltene 5-Millimeterzeile oder deren
Doppel 10 Pf. Die 91 mm breite Kolumnenzeile 1,50 Pf.
Anzeigen-Ablieferung bis 4 Uhr nachmittags des Vorrtages.

Nummer 88

Limburg, Montag den 19. April 1920.

83. Jahrgang

Der Wahl-Aufruf der Deutschen Demokratischen Partei.

Berlin, 16. April. Die Deutsche Demokratische Partei erlässt einen Aufruf, in dem es heißt:

An das deutsche Volk!

In kurzer Frist werden Männer und Frauen den ersten Reichstag der Deutschen Republik wählen.

Was erwartet das deutsche Volk von diesem Reichstag? Die Bewegung vor dem Bürgerkrieg, die Überwindung des Klassenkampfes, den Wiederaufbau, der Volkswirtschaft und damit der nationalen Kraft, die Erhaltung und Festigung der Reichseinheit, die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt.

Es gibt nur einen Weg zu diesem Ziel: den Ausbau unseres Staates auf der Grundlage des gleichen Rechts für alle; die nationale Demokratie!

Diese Grundlage ist durch die Weimarer Versöhnung geschaffen. Auf ihrem Boden hat die Koalition der Wehrheitsparteien gearbeitet.

Die Deutsche Demokratische Partei hat in der Politik dieser Koalition nicht alle ihre Hoffnungen erfüllt gelehnt. Aber nur gewissenlose Agitation kann leugnen, daß auf dem Trümmerfeld unserer äußeren und inneren Politik unter schweren Bedingungen die Anfänge von Ordnung und Aufbau geschaffen sind. Durch die grundlegende Arbeit unserer Partei hat sich das deutsche Volk die edelste und freieste Verfassung der Welt als Grundlage der neuen Entwicklung gegeben. Die Reichseinheit ist allem Anstrum und allen Verfolgungen zum Trost erhalten, die Verwaltung im Reich vereinheitlicht worden. Mit der Demokratisierung der Wirtschaft ist die Arbeitsgemeinschaft aller schaffenden Kräfte im Betriebe angelebt und damit der einzige Weg zur Überwindung des Klassenkampfes durch Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Frieden beschritten. Die löslose Finanzbedarfen der Kriegszeit ist in erordneter Weise geleistet und das Deutsche Reich ist wieder treitfähig und kreditfähig gemacht.

Was dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft gegenüber den zerstörenden Kräften von links in dieser Zeit an Grundlagen der Offenbarung und des Wiederaufbaus geschaffen worden ist, das verdanken sie der Arbeit der Wehrheitsparteien, nicht den Parteien der Rechten, die in ständiger demagogischer Opposition die Autorität der Regierung geschwächt, den guten Willen der Bevölkerung beirrt und erstickt und den Boden bereitet haben für die frevelhafte Zabot vom 13. März, durch die wir aus mühsam geschaffenen hoffnungsvollen Anfängen wieder in das Chaos zurückgeworfen wurden.

Die Wehrheitsbildung auf demokratischer Grundlage wird aus fernster allein Deutschland vor dem Bürgerkrieg schützen und den Wert des Wiederaufbaus fortführen können.

In einer solchen Mehrheit ihren Einfluß zu stärken, ist das Ziel der Deutschen Demokratischen Partei bei den kommenden Wahlen. Denn wir wollen über der Notwendigkeit der Zusammenarbeit die tiefgreifenden Unterschiede nicht vergessen, die uns von den anderen Koalitionspartheien trennen.

Der Sozialdemokratie gegenüber verstehen wir die Republik nicht als Hoffnung auf die Vorherrschaft einer Klasse, sondern als grundjährlich und für immer fairenfreie Vertretung des ganzen Volkes unter gleicher Teilnahme aller Berufe, nicht als parteipolitische Durchdringung der ganzen Staatsverwaltung, sondern als Festlegung der politischen Grundzüge der Regierung und im übrigen als Auslese der fähigsten Fachleute. Die Arbeitnehmer müssen ihr volles politisches und wirtschaftliches Recht erhalten, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Wir wollen und dulden keine kapitalistische Ausbeutung, aber wir wollen auch keine Diktatur oder Abenteuerregierung einer Berufsschicht, sei sie noch so bedeutend. Unsere Partei steht und fällt mit dem reinen demokratischen Gedanken.

Alle wirtschaftliche Hebung des Arbeitersstandes durch Lohn oder Staatshilfe ist abhängig von der deutschen Volkswirtschaft. Diese Ertragsfähigkeit beruht auf der freien Entwicklung persönlicher Tüchtigkeit und schöpferischen Unternehmungsgespirts. Im Interesse des wirtschaftlichen Gedeihens des ganzen Volkes lehnen wir jede Wirtschaftsform ab, die diese wesentlichen Kräfte des Aufstieges bürokratisch einengt.

Dem Zentrum gegenüber werden wir zugunsten der kleinen und aller religiösen Gemeinschaften auch unerschöpflich die Freiheit der Religion und die Selbstverwaltung der religiösen Gemeinschaften anstreben. Aber wir müssen auf dem Gebiet der Schul- und Bildungspolitik die geistige Einheit unseres Volkes noch mehr gefährdet werden darf. Wir wollen daher eine Auseinandersetzung mit den moralisch und religiös wertvollen kirchlichen Gemeinschaften auf dem Wege des Friedens und der Verständigung, nicht des Klassenkampfes und der geistigen Entzweiung. Wir wollen insbesondere auch den eingesessenen und unerlässbaren Beitrag weiterer geistigen und wissenschaftlichen Bildung überzeugend erneut erfordern und zugänglich wissen. Wir betrachten die Schule als eine Angelegenheit der Staates, der auf dem Gebiet des Religionsunterrichts die religiösen Bedürfnisse des Volkes erfüllen soll.

So halten wir auch in der Zusammenarbeit mit anderen Parteien unsere eigenen politischen, sozialen und kulturellen Zielen und Aufgaben fest.

Politisch: Kein zentralistisches, aber ein einheitliches Deutsches Reich mit demokratischer Selbstverwaltung der Länder und Stämme, die Durchführung der reinen Demokratie in der Verwaltung unter strenger Bekämpfung von Kriechen und Korruption. Die Verminderung der Steuerlast und außerliche Sparsamkeit in der Verwaltung, die Erhaltung der Reichswehr und ihr Schutz gegen Verunglimpfung und Missbrauch durch staatsfeindliche Elemente.

Soziales: Entfaltung aller gesundwirtschaftlichen Kräfte. Schaffung aller anständigen Arbeit, Bekämpfung des Wuchers und des Schieberums, auch durch Abbau der Zwangsarbeit. Erfasch der Erwerbslosen-Unterstützung durch eine gejunge und zweitmäßige Erwerbslosenversicherung, energische Durchführung des Siedlungsgesetzes, Durchdringung der ganzen Wirtschaftspolitik mit dem sozialen Gedanken der Solidarität aller Volksgenossen und der Arbeit.

Kulturelles: Schnell und energische Durchführung des vertragungsfähigen Aufbaues des deutschen Bildungswesens nach den Grundsätzen der Befreiung der Bildungsauslese von den Zuständigkeiten des Standes und der wirtschaftlichen Eteilung, Achtung der religiösen Überzeugung und der geistigen Freiheit, Erzielung des Volkes zur richtigen Wertung geistiger Arbeit, als der Kraft der kulturellen und politischen Führung.

Vortragende Rätinnen.

Berlin, 16. April. (W.T.B.) Im Haushaltungsausschuß der Nationalversammlung wurde bei der Beratung des Staats des Reichsarbeitsministeriums von der Regierung mitgeteilt, daß bei dem Reichsarbeitsministerium die Einstellung vortragender Rätinnen und Regierungsrätinnen in Aussicht genommen sei. Ebenso sei die Beförderung geeigneter mittlerer Beamten zu Regierungsräten geplant. Der Statist des Reichsarbeitsministeriums wurde genehmigt.

Die Versorgung der dienstbeschädigten Militärpersonen.

Berlin, 16. April. (W.T.B.) Dem Ausschuß für soziale Angelegenheiten in der Nationalversammlung ist ein Gesetzentwurf über die Versorgung von Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung zur Stellungnahme zugegangen. Nach Mitteilung des Ministerialdirektors Dr. Schwenzer vom Reichsarbeitsministerium beläuft sich die Zahl der Kriegsbeschädigten auf annähernd eineinhalb Millionen, der Kriegshinterbliebenen, Witwen und Waisen und sonstigen Unterstützungsberichtigen auf nahezu 3 Millionen. Die Versorgungssumme werde auf 4 bis 4,5 Milliarden Mark jährlich geschätzt.

Neue Verschwörungen? Eine national-kommunistische Verschwörung im Reichswehrministerium.

Berlin, 16. April. (W.T.B.) Im Reichswehrministerium versammelten sich gestern die Hauptleute Biehahn und Bohnstedt, Kapitänleutnant Altwater und Leutnant Biehahn mit drei Kommunisten zur Beratung eines Zusammenschlusses auf national-kommunistischer Grundlage. Die Sitzung wurde entdeckt. Reichswehrminister Gehlert vernahm sofort die Teilnehmer, ließ sie festnehmen und dem Polizeipräsidium zuführen. Heute vormittag wurde die Vernehmung fortgesetzt.

Berlin, 16. April. (W.T.B.) Das Reichswehrministerium teilt mit: Bei der Reichsregierung ließen gestern am späten Nachmittag Radikale ein über eine Zusammenkunft, die im Reichswehrministerium 8 Uhr abends stattfinden sollte, zu der namentlich genannte Offiziere, die größtenteils dem Reichswehrgruppenkommando I angehören und radikal gerichtete Arbeiterführer gehörten. Die militärischen Teilnehmer an dieser Sitzung wurden durch ausführliche Angaben erheblich belastet. Die Sitzung hat tatsächlich um 8 Uhr abends im Dienstzimmer des Hauptmanns Biehahns stattgefunden. Es haben daran teilgenommen die Hauptleute von Biehahn und Bohnstedt, der Kapitänleutnant von Altwater und Leutnant von Biehahn, ferner ein Civilingenieur Meier (unbekannt, fürstlich aus englischer Gefangenshaft zurückgekehrt), sowie die Herren Berlin (nach seinen Angaben Gründer des Vereins der Frontsoldaten) und Radlert (nach seinen Angaben Uhrmacher aus Groß-Lichterfelde). Der Reichswehrminister ließ bald nach 8 Uhr die Sitzung aufheben und hat noch persönlich im Laufe der Nacht die Teilnehmer einzeln vernommen. Er hat alsdann angeordnet, daß die, mit Ausnahme des Hauptmanns Bohnstedt, der nur einem Dienstbefehl zufolge an der Sitzung teilnahm, an der Sitzung teilnehmenden bis zur weiteren Klärung der Angelegenheit in dem Polizeipräsidium in Berlin in Schutzhaft zu halten sind. Die Untersuchung, die der Staatskommissar für öffentliche Ordnung leitet, wird heute Vormittag durch Gegenüberstellung der Befestigungszeugen mit den Teilnehmern an der Sitzung schnellstens fortgesetzt. Neben dem Tatbestand und den anderen Absichten der Teilnehmer wird festzustellen sein, ob noch andere Personen zu dieser Sitzung geladen waren, die aus irgendwelchen Gründen nicht erschienen sind.

Berlin, 16. April. Die späteren Abendblätter teilen mit, daß die Verhaftungen im Reichswehrministerium eine harmlose Auseklärung finden würden, doch dauern die Vernehmungen der Beteiligten fort.

Freilassung der Inhaftierten.

Berlin, 16. April. (W.T.B.) Aus dem Polizeipräsidium wird uns mitgeteilt: Der Polizeipräsident Richter, dem in seiner Eigenschaft als Regierungskommissar für den Landespolizeibezirk Berlin die Entscheidung über Schlußhaftangelegenheiten zusteht, hat es abgelehnt, die Schlußhaft gegen die vom Reichswehrminister in der Nacht zum Freitag stich im Anschluß an eine Besprechung im Wehrministerium festgenommenen Offiziere und Zivilpersonen zu verhängen. In den eingehenden Vernehmungen, die im Polizeipräsidium stattgefunden haben, ist keinerlei Beweis dafür erbracht, daß die im Reichswehrministerium stattgehabte Zusammenkunft der festgenommenen Personen einen Umsturz der Regierung zum Ziel hatte oder daß sie sonst in irgend einer Weise geeignet gewesen wäre, die öffentliche Ordnung, Ruhe oder Sicherheit zu gefährden. Der Polizeipräsident hat daher die Freilassung der festgenommenen veranlaßt.

Die politische Farbe der Beteiligten.

Berlin, 16. April. (W.T.B.) Zu der Meldung über die Verschwörergruppe im Reichswehrministerium berichtet das Berliner Tageblatt: Da radikal gerichteten Arbeiterführer, von denen in der Meldung die Rede ist, gehören der sogenannten "Kommunistischen Arbeiterpartei" an, die neben kommunistischen Anschaulungen nationalistische Ideen vertritt, die nach dem Programm des Dr. Laussberg im Hamburg die Weltrevolution durch ein militärisch-imperialistisches Vorzeichen der Kommunisten in die Wege leiten will. Im Gegenzug zu ihr steht, die alte kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund). Der in der Meldung genannte Bertram wird für den Bund der Frontsoldaten. Dieser ist einerseits radikalsozialistisch, andererseits außerst nationalistisch gerichtet. Unter anderem fordert er die Regierung der Frontsoldaten. Hinter dem Bunde steht aber nur ein kleiner ganz geringer Teil alter Frontsoldaten und Kriegsbeschädigter.

Der Rapp-Putsch und die Kohlenförderung.

Die "Berliner Rédaction" schreibt: Während die durchschnittliche Kohlenförderung im Ruhrgebiet elf Tage vor dem auch wirtschaftlich überaus verhängnisvollen Rapp-Putsch täglich 294 000 Tonnen betrug, ist die durchschnittliche Tagesförderung im gleichen Zeitraum nach dem Rapp-Putsch auf 167 000 Tonnen zurückgegangen. An drei Tagen, und zwar am 15., 16. und 17. März betrug die tägliche Förderung sogar nur 11- bis 48 000 Tonnen. Der Gesamtförderungsaufwand, den der Rapp-Putsch verursacht hat, beträgt 1 400 000 Tonnen. Dieses Quantum entspricht ungefähr jener Kohlennenge, die wir nach den ermäßigten Friedensbedingungen monatlich an die Entente abzuliefern haben.

Die Verhaftung Rapp's in Schweden.

Stockholm, 16. April. (W.T.B.) Nach einer Meldung der "Aftonbladet" ist Dr. Rapp in Süderöland angehalten worden. Er war mit einem Flugzeug nach Schweden gekommen, das in Schonen landete, worauf er die Reise mit der Bahn in nördlicher Richtung forschte. Seitens des Hotels wird mitgeteilt, daß Rapp am Mittwoch in Stockholm anlangt und in einem Hotel unter dem Namen Dr. von Ranitz aus der Reise von Deutschland über Malmö, Wohnung nahm. Den Zweck der Reise habe er nicht angegeben. Heute mittag kamen zwei Detektive aus Stockholm in Süderöland. Der angebliche Dr. von Ranitz erklärte ihnen, wer er sei. — Um 3½ Uhr nachmittags begaben sich die Detektive zusammen mit Rapp im Automobil nach Stockholm.

Stockholm, 16. April. (W.T.B.) Als die Polizei in Süderöland heute den Wagen des Dr. Rapp untersucht, stellte sich heraus, daß er gefälscht war, weshalb Dr. Rapp um 2 Uhr festgenommen wurde. Während des Verhörs gab er sich zu erkennen und wurde dann im Auto nach Stockholm gebracht, wo er durch die Kriminalabteilung einem Gefängnis unterzogen wurde. Die Polizei will sich jedoch noch nicht über das Ergebnis aussprechen. Der Polizeimeister kann sich noch nicht darüber äußern, inwieweit von einer Einlieferung ins Gefängnis oder einer Ausweisung die Rede sein kann.

Weiteres aus den Protokollen der Putschisten.

Der Vorwärts zeigt die Veröffentlichung der aufgefundenen Beratungsberichte der Offiziersgruppe, die in Bayern den Rapp-Putsch ebenfalls vorbereitet vorgeblich verübt hatte. Man erkennt schon daraus, daß als Vertreter der vier bayerischen Blocks ein Major, zwei Hauptleute und ein Oberleutnant genannt werden, daß die Verschwörung nicht in den Händen älterer, erfahrener Militärs lag. Die Unzulänglichkeit der Beteiligten zeigt sich darin, daß diese ganzen Protokolle, und vor allem die Namenslisten, nicht vernichtet worden waren, als der Putsch in Berlin mißlungen war. Wie können Leute, die ihr eigenes Unternehmen so überaus schlecht ansetzen — an unter aller Glück —, wie können die sich anmaßen, die Geschichte des Gesamtvolkes in die Hand nehmen zu wollen! Die nun also der Regierung und der sozialistischen Parteidorganisation ausgeliehenen Schriftstücke nennen auch die Namen einiger gewichtiger Persönlichkeiten, von denen wohl anzunehmen ist, daß sie sich dann auch äußern werden. Genannt werden der bayerische Bauernführer Dr. Heim, der sich angeblich zur Bildung und Übernahme einer neuen Regierung bereit erklärt haben soll. Dr. Heim soll eine Verständigung mit Frankreich für möglich gehalten haben. Die Bereitstellung von Lebensmitteln für die im Mai in Bayern zu erwartende Hungersnot erklärte er für die dringendste Fordeung. Die Sitzung in der dies alles beprochen wurde, fand am 21. Februar in Dr. Heims Wohnung zwischen ihm und dem Hauptmann Berthold und dem Oberleutnant Kuhn statt. Das Protokoll ist von Berthold unterzeichnet. In einer am 23. Februar in München von den Vertretern der vier Blocks und Hauptmann Berthold sowie Major Bröhoff abgehaltenen Besprechung wurde Graf Kroft von Delmeningen zum bayrischen Diktator ausgerufen. Wie dieser selbst sich hierzu stellt, erledigt das Protokoll nicht. In ähnlich unbestimmter Form wird für Preußen eine Diktatur Ludendorff in Betracht gezogen. Am 24. Februar fand eine Sitzung bei Erzellen von Schöch statt.

Hötz.

Prag, 16. April. (W.T.B.) Aus Prag wird gemeldet, daß der Münchener Hauptmann Hötz heute früh aus Klingenthal flüchtete und sich im nordböhmischen Kohlenrevier befindet dürfte.

Abtransport französischer Truppen aus Frankfurt.

Frankfurt, 15. April. Heute sind ein Linienspanzer- und ein russisches Kolonialregiment mit der Eisenbahn von Frankfurt abtransportiert worden. Die Abfertigung am Hauptbahnhof ist aufgehoben und außerdem sind eine ganze Reihe weiterer Postkarten eingezogen worden.

Die Räumung des Ruhrgebietes von Truppen.

Berlin, 16. April. (W.T.B.) Die von der französischen Presse verbreitete Nachricht, daß 3000 Mann neuer Reichswehrtruppen in die neutrale Zone des Ruhrgebietes eingezogen sind, ist falsch. Es ist im Gegenteil Tatsache, daß die Truppenzahl der neutralen Zone abnehmend herabgesetzt wird. Mehrere Batterien sind bereits zurückgezogen worden und weitere Truppen sind zum Abtransport bereitgestellt.

Neue wirtschaftliche Schädigung Deutschlands durch Frankreich.

Berlin, 16. April. Frankreich bereitet, wie der „Tägliche Rundschau“ aus Münzen gemeldet wird, eine neue schwere wirtschaftliche Schädigung Deutschlands vor. Es handelt sich darum, daß Frankreich daran geht, die Wiederaufbauarbeiten für die zerstörten Gebiete möglichst auf privalem Wege zu ergehen. Zu diesem Zweck sind bereits französische Agenturen in Köln und Wiesbaden errichtet worden. Die Reichsregierung hat dagegen protestiert und entsprechende Maßnahmen getroffen.

„Der böse Wille“ Deutschlands.

Paris, 16. April. (W.T.B.) Havas meldet: Der französisch-englische Zwischenfall hat Deutschland nur in seinem Widerstand gegen die Ausführung des Friedensvertrages bestärkt. Es zeigte eine völlige Mißachtung gegenüber den anderen Bündnispartnern des Vertrages. Gern kann aus London berichtet, soll Lord Curzon energische Schritte beim deutschen Geschäftsträger in London gehabt haben, um eine Zurücknahme der überzähligen Truppen aus dem Ruhrgebiet zu erreichen. Heute kommt in Paris eine neue Nachricht an, in der die englische Regierung die anderen Alliierten zur Mithilfe bei einer Gesamtkampagne auffordert, bei welcher von der Berliner Regierung die strenge Befolgung der Beitragspläne bezüglich der Entwaffnung verlangt werden soll. Falls diese Forderung nicht angenommen werde, werde die gesamte Lebensmittelversorgung für Deutschland eingeschleift. Über diesen Punkt hatte Lord Derby mit Weiermann eine lange Unterredung. Zu der Befehlskonferenz, in der auch diese Angelegenheit diskutiert wird, hat auch die italienische Regierung einen Vertreter entsandt. Trotz des Schweigens, in das sich die politischen Kreise hielten, scheint es doch, als ob Lord Derby dazu bestimmt wäre, die französische Regierung aufzufordern, an dem Schritt Englands teilzunehmen. Die französische Antwort kann ja hier nicht zweifelhaft sein. Diese Initiative der alliierten Mächte muß unbedingt des öppen Willens Deutschlands nur gebilligt werden. Alliierte Beobachter, die aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrt sind, sagen aus, daß die Bewegung dort niemals einen bolschewistischen Charakter angenommen habe. Andererseits wird uns mitgeteilt, daß die durch die Berliner Regierung in das Ruhrgebiet gesandten Truppenabteilungen beträchtlicher sind, als die den Alliierten angegebene Zahl. Das erste Problem, das die alliierten Staatsleiter also zu lösen halten, wäre die baldige Entwaffnung Deutschlands.

Die Folgen der Ententekrammei in Oberschlesien.

Oppeln, 16. April. (W.T.B.) Der durch die internationale Kommission über Oppeln verhängte verschärzte Belagerungszeitpunkt, der das Betreten der Straßen nach 9½ Uhr abends verbietet, führte am Donnerstag abend zu zahlreichen Verhaftungen von Einwohnern durch die Belagerungsgruppen. Unter den Verhafteten befanden sich auch Arbeiter, die von der Arbeit kamen und mit Reitpferden und Koffern nach ihrer Verhaftung misshandelt wurden. Darauf folgte heute die Arbeit der Gas-, Wasser-, und Elektrizitätswerke in den Streiks. — Zuverlässige Nachrichten zufolge wendet sich die polnische Betriebsvereinigung der Arbeiterschaft in Oberschlesien von der Rortantschen ab und geht mit den deutschen Gewerkschaften. Sie missbilligt das Vorgehen der französischen Truppen. Der Ausbruch des Streiks im ganzen oberschlesischen Industriegebiet ist nur eine Frage der Zeit.

Mache Deine Seele frei!

Roman von Erich Gegenbein.

(Nachdruck verboten).

„Hm — gegenübrig darfert eine sonderbare Märe von ihm — gestern beim five o'clock der Gräfin Zang war die Rede davon: „Maurin will losziehen. Soll ich ernstlich vielleicht heben in eine junge Künstlerin und sie jogat heilaten wollen? — Der Graf unterdrückt sich jäh. Eine Ahnung liegt ihr auf. Natürlich — sie hieß ja auch Erler — eine Verwandte vielleicht? „Rennen Sie die Künstlerin vielleicht, lieber Erler? Sie trägt den gleichen Namen wie Sie: Serena Erler — interessieren Sie sich deshalb für Sendthausen?“

Er lächelt plötzlich höhnisch auf.

„Ich? Gott, es war so 'ne Frage — interessieren? Was denken Sie? — Geht's mir etwa an, wenn der Mann so nüchtern ist, heiraten zu wollen?“

Er begann plötzlich wie verrückt im Zimmer herumzurren. Es war ein Bild, daß man der zu malenden Fresten wegen eines großen Teils der Möbel entfernt hätte, denn Erler achtete nicht auf das, was ihm im Wege stand. Rücksichtlos stieß er Stühle beiseite und hätte die Leiter sicher umgerannt, wenn Dorby sie nicht schleunigst in eine Ecke geschoben hätte.

Dabei fuchselte er mit Händen herum und stieß abgerissene Sätze heraus.

„Heiraten? Polizeilich verbieten sollte es der Staat! Jawohl — Liebe — Liebe — da denkt man wunder weiß wie erhaben davon, und dann ist alles Blech! — Meine Einwilligung? Haha — ohne die geht es doch nicht — übrigens jetzt gerne, gnädige Frau! Mit dem größten Vergnügen! Sie brauchen weder „dite“ noch „dante“ zu sagen.“

„Erler!“ rief Graf Dorby, dem die ganze Sache eben so unheimlich wie unverständlich war. „Was ist über Sie gekommen? Sie rasen — oder sind Sie Irant?“

Erler fuhr sich durch die braunen Locken, zerrte nervös an seinem Spindel und begann dann mechanisch Pinsel und Palette zu reinigen.

Rechtsorientierungsbemühungen im rheinischen Zentrum.

Rhein, 16. April. Ein vorläufiger Vorstand mit Zentrumsnamen von Klang in den Rheinlanden erläutert einen Aufruf an die christlichen Gemeinschaften zur Bildung eines festen Blocks der christlichen Volksparteien. In dem Aufruf wird gesagt, man komme nicht mehr länger zu leben, wie im Zentrum eine Linserichtung zur Herrschaft gelange, die eine Unorientierung im Sinne linkssozialistischer Tendenzen bedeute. Die Verhängnispolitik, die das Zentrum unter Führung Erzbergers 1917 begann und die in dieser Politik zum Bündnis mit der Sozialdemokratie führte, sei tief bedauerlich. Der Aufruf fordert u. a. volle Selbständigkeit der einzelnen gleichberechtigten Gliedstaaten.

Das Urteil im Adlon-Prozeß.

Berlin, 16. April. (W.T.B.) Heute wurde von der 5. Strafsammer des Landgerichts I wegen der bekannten Vorfälle im Hotel Adlon das Urteil gefällt. Entsprechend dem Antrage der Staatsanwaltschaft wurde Prinz Joachim Albrecht wegen versuchter Rädigung zu 500 Mark Geldstrafe, Rittmeister v. Platen, ebenfalls wegen versuchter Rädigung, zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Urteil gegen den Prinzen Gottfried zu Hohenlohe-Langenburg, gegen den der Staatsanwalt vier Monate Gefängnis beantragte, lautete auf 1000 Mark Geldstrafe wegen Körperverletzung.

Berlin, 16. April. (W.T.B.) In der Begründung der Urteile wegen der Vorfälle im Hotel Adlon heißt es, es steht fest, daß Prinz Joachim Albrecht aufgestanden und „Herrn!“ gerufen, ein Weinglas und mit Lichtern geworfen habe. Er habe sich der versuchten Rädigung schuldig gemacht. Rittmeister Platen habe sich des gleichen Verbrechens schuldig gemacht, indem er von seinem Tisch gerufen und drohend die Faust geballt habe. Der Prinz zu Hohenlohe-Langenburg sei der Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeuges schuldig. Als ein solches sei der Schuh, mit dem er auf den französischen Offizier eingeschlagen habe, anzusehen. Nicht erwiesen sei, daß er gewußt habe, einem Mitglied der französischen Mission gegenüberzutreten.

Das Urteil gegen den Verleumuder Scheidemann.

Berlin, 16. April. (W.T.B.) Die Strafsammer verurteilte gestern den Journalisten Kurt Rhodin wegen Betrugs und Verleumuders Beleidigung des früheren Ministerpräsidenten Scheidemann zu 9 Monaten Gefängnis. Rhodin, der belgischer Untertan ist, hatte in Zeitungsartikeln „Neues zum Fall Sclarz“ Scheidemann, Graf Brodorff-Ranckau usw. beschuldigt, große Terrains in Nordhessen erworben und zwecks besserer Bewertung die Vereinigung dieses Gebiets mit Hannover betrieben, sowie an Schiebergeschäften teilgenommen zu haben. Der Angeklagte vermochte sich den geringsten Beweis zu erbringen und mußte zugeben, daß er die von ihm niedergeführten Beschuldigungen, die Scheidemann seinerzeit dem sozialdemokratischen Untersuchungsausschuß vorgelegt hatte, in der Wohnung seines Verlegers Baumeister in die Schreibmaschine diktirt hatte. Baumeister wurde wegen des Verdachts der Teilnahme an einer strafbaren Handlung nicht vereidigt. Die Verurteilung Rhodins erfolgte, obwohl Scheidemann die Strafsammer ausdrücklich bat, den unglücklichen Menschen nicht zu hart zu behandeln.

Der Streit um Bismarks Erinnerungen.

Stuttgart, 16. April. (W.T.B.) Im Rechtsstreit Wilhelm II. gegen die Cotta'sche Verlagsbuchhandlung wegen der Herausgabe des 3. Bandes von „Bismarks Erinnerungen und Gedanken“ wurde, wie das „Stuttgarter Neue Tageblatt“ berichtet, von dem Zivilsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart folgendes Urteil verkündet: Unter Juridikverweisung der Berufung wird die einseitige Verfügung aufrecht erhalten, mit der Aenderung, daß die beiden sogenannten Handbilliete in Wegfall kommen. Die sämtlichen Kosten hat die Cotta'sche Verlagsbuchhandlung zu tragen.

Heimkehr der Gefangenen aus Rumänien.

Berlin, 16. April. (W.T.B.) Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Am 18. April 1920 wird ein Lazaretzug Deutschland verlassen, um die noch in Rumänien verbliebenen deutschen Gefangenen heimzuholen. Mit dem Wiedereintreffen des Lazaretzuges in Deutschland dürfte in etwa fünf Wochen zu rechnen sein. Der Lazaretzug wird von Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz begleitet.

Wilson.

Paris, 16. April. (W.T.B.) Der „Tempo“ sagt, daß in amerikanischen Kreisen die Nachfrage eingegangen sei, daß

der Gesundheitszustand des Präsidenten Wilson gegenwärtig besser als je seit Beginn seiner Krankheit sei.

7. Generalsynode der evangelischen Landeskirche.

Berlin, 15. April. Die Sitzung wird 4½ Uhr mit Gebet des Sup. Dr. Weigel eröffnet. Die Versammlung gedenkt des soeben verstorbenen Mitgliedes Sup. Hochbaum. Es wird ein Ausschuß für das Verhältnis von Kirche zu Schule gewählt.

Es werden einige Vorlagen des Ausschusses für Januszmission behandelt.

Syn. Dr. Weber berichtet über die Evangelischen Heimatvereine. Innerhalb der Landeskirche gehörten 1913 837 Vereine mit 113 564 Mitgliedern zum Gesamtverband. Er kennzeichnet ihr Wesen als religiöse, soziale und nationale Heimatvereine ohne irgendwelche politische oder kirchliche Parteinahme. Eine Einschätzung erkennt ihre Tätigkeit danach an und wünscht der Bewegung weiteren Gang. Syn. Weber beantragt, Spezialisten auszuwählen, die auf dem Gebiete der Arbeiter-, der Jugend- und der Sittlichkeitsbewegung theoretisch und praktisch arbeiten. Syn. Dr. Heinrich würdigt das Wirken der christlichen Heimatvereine und bittet namens des Syn.-Ausschusses für Januszmission entsprechend einem Antrag der Westfälischen Syn., daß bei den Vorarbeiten zur neuen Verfassung geordnete Vertretung der Inneren Mission auf allen Stufen ins Auge gesetzt wird. Gen. Sup. Jacob wünscht deshalb auch die Vertretung der Inneren Mission auf der verfassunggebenden Kirchentagversammlung. Dr. Zell und Rom. Rat Dr. Kappler u. a. erheben Bedenken, ausdrücklich den Verfassungsausschuß vorzuschlagen.

Es folgen Vorlagen des Finanzausschusses. Syn. Schmeling berichtet über Schwierigkeiten, die sich ergeben bei der Heranziehung von Personen mit doppeltem Ansehen zur Kirchensteuer. Syn. Dr. Schäfer-Kemper berichtet über den Wunsch des E.O.R., daß die Gemeindehelfer, die durch den Hilfsfonds für Januszmission beauftragt werden, weitere Mittel selbst aufbringen.

Mit größter Teilnahme und Spannung wird der Vortrag des Geist. Rom. Rats Stoemler-Pozen über die Regelung der kirchlichen Verhältnisse in den zur preußischen Kirche gehörigen abgetrennten Gebieten entgegengeworben. Außerdem sind gedruckte Mitteilungen des Oberstifts vorliegen. Die Kirchenbehörden und Gemeinden stellen Forderungen: Keine Änderungen der kirchlichen Verwaltung der Kirche der Gemeinden, der Pastoren und Kirchenregiments. Der Berichterstatter gibt erfreuliche Mitteilungen von den polnischen Unterordnungen der evangelischen Kirche und der Pfarrer. Pfarr-, Schul- und Gemeinkörper sind uns widerrichtlich geradzt, um die Errichtung des evangelischen Diakonissenhauses in Pozen wird verzögert. Unter dem Schein harmloser oder gar unmöglicher Bestimmungen wird der evangelische Religionen nicht unmöglich gemacht und der Kirche der Pfarrer entzogen. Jetzt soll das bestehende Konistorium aufgeweckt werden; aber, sagt er gutwillig werden wir das nicht aufgeben, aus den uns Gott gesetzt hat. Die evangelischen Gemeinden müssen den Zusammenhang mit Vaterkirche behalten. Eine Einschätzung, die ein Gefühl der Trost für die dortigen Gemeinden sein soll, soll der Verfassungsausschuß entwirken werden.

Der Präsident des Oberkirchenrates ergänzt unverhofft den Beifall der Synode die Ausführungen durch einen Appell an die andern abgetrennten Gebiete, und Professor Weierhall felkt, den das Gehörte für ihn bestätigt hat. Er dankt der Kirchenbehörde für ihre Mühe, um der schwierigen Lage und bietet den Gläubigen genossen draußen den Gruß inniger Verbundenheit.

Es kommen nacheinander die Berichte der verschiedenen abgetrennten Gebiete zu Wort: Vic. Gemmel für Westfalen, Thiel für Litauen, Nold für das Saargebiet, Kuhnen für Danzig, Müller-Kreuzburg für Oberschlesien, Danzig für das westpreußische Abteilungsgebiet. Alle stellen ihren Willen an der Gemeinschaft mit den preußischen Kirchen festzuhalten und bringen zum Teil erfreuliche Mitteilungen der Lage, aber auch der Erfolg treuen Auskundschaften. So gestaltet sich die Aussprache in Gruß und Gegenseitigkeit, gegenseitigem Gelobnis zu einer großen Kundgebung evangelischen Deutschlands. — Der letzte Gegenstand der Tagesordnung wurde an den Finanzausschluß übertragen und am 16. April, nachmittags 4 Uhr, Nächste Vollzügung am 16. April, nachmittags 4 Uhr.

heimnisvolles Schweigen und lächelt nur vielsagend, man fragt. Tatsache ist aber, daß er sein Gesicht verdeckt läßt.“

„Rennen Sie die Dame?“

„Dawolki. Sie wurde mir einmal bei Peils unter dem Künstlernamen „Rosane“ vorgestellt. Eine hübsche, ausdrucksvolle Person mit blondem Haar und saftigen Augen.“

„Da wissen Sie vielleicht auch, ob die Dame eine Wando des Malers Richard Erler ist?“

„Richard Erler? Kenne ich nicht!“

„Eines der jüngsten Talente, die München jenseits der Elbe sind. Das heißt, so sehr jung ist er ja nicht. Er ist nur inzwischen einige Jahre als Professor in einer kleinen Stadt in Südtirol.“

„Wie heißt das Nest nur? Richtig, Schloßhof.“

„Schloßhof?“

„Ahem — hat ihn schon! Schloßhof!“

„Klar!“

„Der gute Graf Dorby konnte den Gedanken des Abends aber nicht los werden. Achmer Kett!“

„Spät abends sloopste er noch an des Molos.“

„Es war eine unbestimmte Angst in ihm und ein Gefühl der Teilnahme, das ihm fortwährend bewußt war.“

„Du darfst ihn nicht sich selbst überlassen.“

„Wer braucht ein Mensch in seiner Lage jetzt einen Freund?“

„Fortsetzung folgt.“

Lokaler und vermischter Teil

Limburg den 19. April 1920.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Samstag im Limburger Weg zugetragen. Ein Militärfahrwagen scherte sich einer Gruppe spielender Kinder, die auf das Warnungssignal zur Seite wichen. Im letzten Augenblick rutschte jedoch das liebenjährige Lädchen des Schlosses Goldstein die Straße nochmals zu überqueren und wurde — obwohl der Lenker das Fahrzeug sofort bremste — erfaßt, zu Boden geworfen und am Kopfe schwer verletzt. Die Kleine wurde alsbald dem Vinzenz-Hospital zugeführt, wo sie in behnöflichem Zustand darniedergeliegt. Eine fremde Dame, die den Vorfall mit ansah, erbot sich sofort der Polizei Mitteilung zu machen und zu bezeugen, daß den Agenten keine Schuld trifft, daß das Fahrttempo durchaus möglich war, die Warnungszeichen rechtzeitig gegeben wurden und der Wagen im Augenblick der Gefahr so rasch als möglich zum Stillstand gebracht wurde.

Ein ganz geliebter Bauer ist am Samstag bei Limburg aufgelaufen und hat sich im Handumdrehen in den Besitz von einem paar eleganten gelben Schuhen gesetzt. Und das ging so: Kommt da in den Schuhladen Herde in der Frankfurter Straße ein müder Wandersmann, der sich beim Abstieg von der ausichtstreichen Höhe des Kreisbergs einen Ast losgetreten und bittet um eine schnelle Rettatur. Auf einmal kam ihm aber der Gedanke, daß es doch vielleicht sei, für die abgetretenen Galoschen doch gleich ein ganz neuer Paar zu erhalten. Und so probierte man denn ein Paar funkelnde „Gelbe“ an, von denen der Ladenbesitzer vorlängig gleich mitteilte, daß sie zwar wirklich vorzüglich, aber freilich ein bißchen teuer seien und bare 800 Mark kosten. „Du lieber Gott, bei uns in Frankfurt möchte ich mindestens 800 dafür bezahlen!“ sagte der gute Kunde und gleichzeitig schien er draußen einen guten Bekannten zu entdecken, denn er sprang zur Tür und „He, wart doch mal!“ schwang war er draußen und — lief, was er laufen konnte. Der Schuhmacher hatte die Situation alsdann begriffen und machte sich sofort zu fidei Verfolgung, an der sofort noch freiwillige Hilfskräfte teilnahmen. Das war eine Jagd... Man blieb dem Spitzbuben immer fest auf den neuverworbenen Haken, der im Sturmschritt auf den Kreisberg zustrebte, immer vor sich herrenzend: „Dann wart doch, dann wart doch nur...“ Über die neuen „Gelben“ müssen wirklich brillant geteilt haben, denn trotz unermüdlicher Verfolgung über Stadt und Stein gewann der Ausreißer allmählich Vorsprung und als er das Unterer Waldchen erreicht hatte, war die Jagd ausichtslos geworden. Dem geprellten Schuhladenbesitzer waren als Erfolg für die verlorenen „Gelben“ außer einer lehrreichen Erfahrung nur noch ein Paar alte Galoschen mit einem abgetretenen Absatz gespendet.

Verhaftungen. Unverbesserliche Diebe scheinen die beiden Limburger C. und R. zu sein, die bei den Limburger Einbrüchen im vorigen Herbst die Hauptrolle spielen, dann von der Strafkammer zu längerer Freiheitsstrafe verurteilt, unerläßlichweise aber vor der völligen Verbüßung wieder freigelassen wurden. Nun haben sie in Wiesbaden bei schweren Villeneintrüchen, im Schloß Georgenborn und anwärts, die alte Kunst als Mitglieder einer ganzen Bande wieder geübt. Die gestohlenen Werte an Wäsche, Portieren und anderem Gut gingen hoch in die Tausende. Nun ist die Bande gelappert worden und bei der Vernehmung erfuhr man dann so nebenbei, daß denselben Kartell auch ein großer Höhlenabstahl in Limburg aus dem Monat Februar zur Last zu legen ist. Ob die letzten Einbrüche hier auf dasselbe Konto kommen, wird sich vielleicht noch herausstellen.

In Haft genommen wurde ferner der Limburger Pferdehändler Josef H., der am Bahnhof ein paar in Montabau mittels Einbruch gestohlene Pferde nach Frankfurt verladen wollte. Des weiteren wurde ein Bediensteter des zuletzt hier weilenden Zirkus festgenommen, der sich schwerer Einbruchsbüchse in Breslau schuldig gemacht hat.

Fußball- und Leichtathletik, lautet das Thema eines Bildbühnenvortrages, den der VfL Alsfeld des 1. Limburger Fußballclubs 1907 Dr. Walter Saal aus Dortmund am Dienstag abends in der Turnhalle halten wird. Siehe Anzeige.

Mieterschutzbund. Am Freitag, den 23. April d. J. findet eine außerordentliche Generalversammlung des Mieterschutzbunds, Limburg, in der Turnhalle statt. Die Tagesordnung wird in den nächsten Tagen noch durch ein Inserat bekannt gemacht.

Friedberg, 14. April. Der bei dem Zusammenstoß mit einer französischen Patrouille bei Oberwürsstadt verwundete Reichswehr Leutnant Graf Kolnne, der seinen Wunden erlegen ist, wurde unter gewaltsiger Teilnahme der Bevölkerung von der bessigen Leichenhalle nach dem Bahnhof überführt und vorher mit einem Bogen in die Heimat zur Beisetzung verbracht.

Burbach, 15. April. Vor einigen Tagen weilte der Wunscheinsjäger Major Heinemann von Bad Homburg in Burbach i. D. um im Auftrag der Gemeinde das Gelände nach Wasserkommission zu erforschen. Die Bohrungen an den angegebenen Stellen wurden sofort in Angriff genommen und zeigten bis jetzt geradezu glänzende Resultate. An einer Stelle, wo kaum Wasser zu vermuten war, wurde ein Bohrloch, das über 120 Kubikmeter im Tage nach den bisherigen Feststellungen zu liefern vermag, erschlossen, und an einer anderen Stelle dürfte die Ergiebigkeit noch viel größer sein. Interessant ist, daß Major Heinemann auch die ungefähre Tiefe der Wasser führenden Schicht angibt und dies bei dem einen Bohrloch genau und bei dem zweiten nur mit geringer Abweichung zugetroffen.

Hartberg, (Elbe), 16. April. (WTB.) Heute nacht sind die umfangreichen Zollniederlagen, in denen große Vorräte an Futter- und Nahrungsmitteln lagerten, niedergebrannt. Der Schaden beträgt ohne den Gebäudeschaden etwa 25 Millionen Mark. Die Ursache des Feuers konnte bisher nicht festgestellt werden.

Tongw, 16. April. (WTB.) In dem belgischen Grenzort Aubange ist ein deutsches Granatendepot in die Luft gesprungen. Es gab 7 Tote.

Wie die Zigarettenmarken aussehen. Die neuen Tabaksteuer soll bestimmt, wie bisher die Zigarettensteuer, für alle Arten von Tabak durch Steuerzeichen eingezogen werden. Die Marken werden für Zigaretten grün bedruckt, für Rauchtabak und Zigarettenblau, für feingeschnittenen Rauchtabak grün, für Pfeifen- und Schnupftabak violet und für Zigarettenbüchsen orange. Die Zigarettenmarken enthalten am oberen Rande die Inhaltsangabe nach Stückzahl und Art, darunter die Angabe des Kleinverkaufspreises für eine Zigarette, ein weiteres Feld, das beim Oeffnen der Packung zerissen wird, usw. Auch bei

den übrigen Tabakarten wird der Kleinverkaufspreis angegeben, bei Zigaretten für 1 Stück, im übrigen für 1 Kilogramm.

Was ausländische Zeitungen jetzt kosten. Der Berner "Bund" macht bekannt, daß vom 1. April an der Abonnementpreis für die Bezieher in Deutschland 127 Mark für das Vierteljahr beträgt. Die Zeitung steht infolge davon dem Verlust zahlreicher Abonnenten entgegen, will diesen jedoch insfern entgegenkommen, als sie bei einem täglichen Bezug unter Kreuzband einen Vierteljahrspreis von 60 Mark anbietet. — Auch in Belgien haben sich jetzt die Zeitungen infolge der gewaltigen gestiegenen Herstellungskosten veranlaßt geschenkt, den Abonnementpreis wie den Einzelverkaufspreis erheblich zu steigern. Auch dort ist das Zeitungspapier von etwa 20 Centimes das Elio vor dem Krieg auf 2,50 Franken und mehr gestiegen. — Die in Köln erscheinende Cologne Post kostet unter Kreuzband bezogen 40 Mark monatlich.

Einfluß der ausländischen Weine. Ausländische Weine welche am 10. November 1919 im betroffenen Gebiet als deutsches Eigentum lagen und bereits bezahlt waren, können auch heute noch beschloßnahmfrei überführt werden, wenn sie der Weinhandelsgesellschaft Berlin, Neue Wilhelmstraße 2, bis zum 21. Dezember 1919 rechtmäßig angemeldet worden waren.

Nur wenn der Wein dieser Stelle gemeldet ist, kann die Ware vor Umlösungen und vorläufigen Beschlagnahmen geschützt werden.

Eine besondere Nachricht von jeder einzelnen Sendung an den Bevollmächtigten der Reichseinfuhrstellen in Berlin ist nicht mehr erforderlich. Weine, welche in der Zeit vom 1. Dezember 1919 bis zum 6. Februar 1920 ins betroffene Gebiet eingeführt wurden, werden bei ihrer Lieferung ins unbekünte Deutschland, wie bisher, beschlagen. Dem Betroffenen wird ein Übernahmepreis gezahlt, wenn er die Ware bei dem Bevollmächtigten der Reichseinfuhrstellen in Köln bis zum 17. April angemeldet hat. Ist die Anmeldung nicht erfolgt oder sind die Weine erst nach dem 6. Februar eingeführt, werden sie als für das Reich verfallen erklärt. Ferner hat die Entente darin eingesetzt, daß vom 18. April ab auch für das besetzte Gebiet in allen Fällen Einfuhrbewilligungen erforderlich sind. Die Einfuhrbewilligungen für Wein werden von dem Bevollmächtigten der Reichseinfuhrstellen in Berlin ausge stellt, nachdem die Weinhandelsgesellschaft ihm gegenüber die Einfuhr für berechtigt erklärt hat. Berechtigt sind zurzeit nur Einfuhren, welche aufgrund eines von der Gesellschaft zugeteilten Kontingents erfolgen.

Neben den diesjährigen Zuckerbüchern ist nunmehr zwischen den Landwirten und den Zuckarfärbereien eine Vereinbarung dahin erzielt worden, daß die Fabrikaten als Mindestpreis 32 Mark für den Doppelzentner zählen. Wenn die Regierung jedoch eine weitere Erhöhung der Mohs zuckerpreise vornimmt, wird der Süßenpreis entsprechend steigen.

Schlachthandel mit Thomasmehl. Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller teilt folgendes mit: Vor einigen Wochen wurde durch das Reichswirtschaftsministerium Klage geführt, daß vielfach, namentlich an den kleinen Landwirt, minderwertiges Thomasmehl zu hohen Preisen verkauft wird, und um Vorschläge zu geben, wie der Schaden abgeschafft werden kann. Bei der Wichtigkeit des Thomasmehls für unsere deutsche Landwirtschaft haben sich die niederrheinisch-westfälischen Stahlwerke fürsichtig mit der Frage beschäftigt. Es wurde dabei Übereinkunft erzielt, daß die Hüttenwerke zum Schutz des ehrlichen Handels mit Thomasmehl beim Verkauf der Abfallerzeugnisse, Martirschlacken, Konservierungsöfen, den Räuchern zur Röst zu machen haben, diese Abfallstoffe nicht zu Düngemitteln verarbeiten zu lassen und sich davon zu überzeugen, daß dieser Bedingung auch entsprochen wird. Eine solche starke Bestimmung und strenge Durchführung scheint allein geeignet, den Schleichhandel mit Thomasphosphatmehl zu unterbinden. Uns scheint es nun erforderlich, die Landwirte unter Hinweis auf die vorgenommenen Beträgervereinbarungen dringend vor dem Kauf von Düngemitteln von unbekannten Verkäufern zu warnen. Die Landwirtschaftskammer gibt von dem Beschlüsse der niederrheinischen Stahlwerke Kenntnis, damit einerseits der Schleichhandel mit Thomasmehl möglichst unterbunden und andererseits der Landwirt vor dem Ankauf minderwertigen Materials geschützt wird.

Schildläuse an Wein und Spalieren. Der Weinstock am Spalter und der Hauswand wird gerne von Schildläusen befallen. Sie werden anfangs leicht übersehen, nicht bekämpft und sind endlich in solchen Mengen da, daß ihre Bekämpfung ganz außerordentlich erschwert wird. Man bemerkt dann auf dem Holze die braune, wargenartige Erhöhungen, die wie Löcher glänzen. Da sie sich nicht sichtbar bewegen, so werden sie vielfach gar nicht für Tiere angesehen. Um sie zu vertreiben, bürstet man die Reben mit scharfem Bürste ab und bestreicht sie mit einer 10—20% Schicht Obstbaumfarbenlack. Beim ersten Auftreten ist diese Arbeit leicht. Wird sie verweilt, so erfordert sie große Geduld und Punktlichkeit.

Die Beschäftigung Schwerbeschädigter. Der Gesetzestext über die Beschäftigung Schwerbeschädigter hat in den grundlegenden Bestimmungen die Zustimmung des sozialen Ausschusses der Nationalversammlung gefunden, der darüber in zwei Lesungen beraten hat. Die Verpflichtung des Arbeitgebers für bestimmte Arbeitsplätze geeignete Schwerbeschädigte anderen Bewerbern vorgesehen, ist durch den Ausschluß auf Personen ausgedehnt, die zugleich als Kriegsbeschädigte oder als Unfallverletzte Renten von weniger als 50 v. H. der Vollrente beziehen, wenn die Hundertsäule ihrer Rente zusammen mindestens die Zahl 50 ergeben. Wenn die Haupthilfsorgestelle anordnet, daß einzelne Arbeitsplätze für Schwerbeschädigte freizuhalten sind, ist nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch die Vertretung der Arbeitnehmer vorher zu hören. Die Haupthilfsorgestelle ist ermächtigt, die Wohntaten des Gesetzes anderen schwer Erwerbsbehinderten und solchen Kriegsbeschädigten und Unfallverletzten zuteil zu lassen, die eine Rente von 33 v. H. und mehr, aber weniger als 50 v. H. der Vollrente beziehen, wenn sie um ihrer Beschädigung willen ohne die Hilfe des Gesetzes einen Arbeitsplatz nicht finden können. Im Beirat der Haupthilfsorgestelle, die im Einvernehmen mit den beaufsichtigten Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, mit den Organen der Gewerbeaufsicht und den Arbeitsnachrichten des Gesetzes durchzuführen hat, haben noch den Ausschluß die Berufsgenossenschaften, die öffentlichen Arbeitsnachrichten und die Vereinigungen Unfallbeschädigter, die in dem Bezirk der Haupthilfsorgestelle vertreten sind, Sitz und Stimme. Der Reichsarbeitsminister, dem auch sonst die maßgebende Stellung zugewiesen ist, erfaßt die nächsten

Bestimmungen. Für den Zeitraum von sechs Monaten nach dem zwei Wochen nach der Verkündung erfolgenden Inkrafttreten des Gesetzes ist eine Rundigung erst wissksam, wenn die Haupthilfsorgestelle ihr zugezimmmt hat.

Was alles geschoben wird. Die Schieber haben jetzt ihr Arbeitsfeld auch auf das Gebiet des Menschenhandels ausgedehnt. Objekt sind die Bauern und die russischen Kriegsgefangenen. Die Schieber sprechen bei den Bauern vor und bieten ihnen durch Beschaffung von zufriedigen Kriegsgefangenen billige Arbeitskräfte an. Durch „Geschäftsverbündungen“ mit den Kriegsgefangenen und Verleitung zur Flucht gelingt es ihnen, die Gefangenen zu befreien. Für jeden auf diese Weise vermittelten Arbeiter erhält der Schieber von dem Landwirt 200 Mark bezahlt. Schon nach einigen Tagen verleiht der Menschenhändler den Gefangenen durch Bezahlung von 50 Mark zum Verlassen seiner Arbeitsstelle und verhandelt ihn auf dem nächsten Tage wieder gegen eine Provision von 200 Mark. Das wiederholt sich zum Schaden der hereingefallenen Bauern. Polizeiliche Feststellungen haben ergeben, daß ein solcher Menschenhändler innerhalb eines Monats sechs russische Kriegsgefangene fünfmal verhandelt und dabei die Bauern um 6000 Mark geplündert hat. Jeder Gefangene erhält 200 Mark. Trümpel.

Gerichtsaal.

Schöffengerichtssitzung vom 14. April. In der leichten Schöffengerichtssitzung kamen folgende Fälle zur Verhandlung: Der Landwirt Ph. E. von E. hatte einen Strafbeschuß von sechs Wochen Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe erhalten, weil er im Jahre 1919 etwa zwölf Zentner Weizen, 32 Zentner Roggen, 3 Zentner Gerste und 19 Zentner Hasen nicht abgeliefert haben soll. Er erhob hiergegen Einspruch und es wurde erwiesen, daß der Angeklagte das, was ihm eigentlich aufgegeben war, nicht ableisten konnte, da er zu hoch eingehäuft war. Das Gericht ermäßigt die Strafe auf 1000 Mark Geldstrafe.

Der Schornsteinseiger Joh. B. von E. hat nach seinem eigenen Geständnis am 5. März ein dem Karl B. von R. gehöriges Kind, das er vor einem Geschäft in E. abge stellt hatte, weggenommen und dasselbe für 980 Mark verkaufst. Das Gericht erkennt auf einen Monat Gefängnis unter Anredung der erlittenen Untersuchungshaft. Der Arbeiter R. von Brodtorf wurde im Februar d. J. wegen Betteln von Polizeibeamten aufgefordert, mit zur Wache zu gehen, um die Personalien von ihm festzustellen. Er kam über der Aufforderung nicht nach, widersetzte sich barndig bei seinem Transportier und mußte gewaltsam von den Polizeibeamten zur Wache gebracht werden. Während der Transportierung versuchte R. noch ein Messer aus der Tasche zu ziehen, was ihm aber gleich abgenommen wurde. Er wurde daraufhin ins Untersuchungs-Gefängnis eingeliefert. Urteil: vier Wochen Gefängnis.

Eingehandt.

Eine kleine Abrechnung

will der „Rassauer Bote“ mit dem Unterzeichneten abhalten. Meine Herren vom „Rassauer Bote“: Bei falscher Buchführung gibt es auch eine falsche Abrechnung. Sie sprachen von verlogenen Bosheiten. O, Sie Schall! Wer hat denn behauptet, daß das ganze Zentrum nicht recht gewußt, wie es sich dem Kapitulum gegenüber verhalten soll? Der Unterzeichnete? Das ist ihm gar nicht eingefallen. Nein, gemeint und genannt waren nur die Zentrumsberater vom „Rassauer Bote“. Aber wie wird mir denn? Windelstens der Herr Redakteur Graßher hat gewußt, wie er sich verhalten muß. Denn er kam freudestrahlend in die Sekret: Hurra, die Monarchie! Und Herr Graßher ist doch Fleisch vom Fleische des Zentrums! Wer erdet nun, dreißig die Unwahrheit? Wer greift zu, elenden, albernen Bürgern und Verdächtigungen? Diesmal lügen die Herren vom Zentrum frei. Weil wir aber gerne ungern nachgewiesen haben wollen und weil wir die schwarzen Herren vom Zentrum gern in blütenweißer Unschuld lehnen möchten, deshalb machen wir folgenden Vorschlag: Verfolgen Sie uns wegen unserer Behauptung, daß man vor Freude im „Rassauer Bote“ bald Purzelbäume schlägt, als man hörte, daß die alte Regierung gestürzt sei. Dann wird Herr Graßher vor Gericht beschwören, daß er diese Altbürokratie fertig gebracht hat.

Nur noch zu dem „alten Sozialdemokraten“. Weisen Sie uns die Erstling dieses alten Sozialdemokraten nach! Können Sie das nicht, dann erklären wir Ihnen frei und offen: Der Brief ist bestellte Arbeit! Wenn wir nicht so gemüthliche Menschen wären, würden wir sagen, Sie führen in solchen Tingen falsch Buch. Aber so — verehrte Herren vom „Rassauer Bote“ wissen wir Bescheid.

Richard Hain.

Amüslicher Cen.

(Nr. 88 vom 19. April 1920.)

Das Reichsamt für Luft- und Kraftfahrtwesen hat mit Schreiben Nr. 241/19 vom 16. Oktober 1919 die Landeszentralbehörden der Gliedstaaten erlaubt, die höheren Verwaltungsbehörden angewiesen, „die Erlaubnis zur Verwendung nicht elastischer Bereifung für Kraftfahrtfahrzeuge spätestens zum 31. März 1920 zurückzunehmen“. Maßgebend für dieses Erleben war das dringende Verlangen aller Wegebauunterhal tungspflichtigen, mit Rücksicht auf den Zustand der Straßen die Verwendung der Eisenbereifung bei Kraftfahrzeugen so bald wie möglich zu verbieten. Der genannte Zeitpunkt wurde deswegen festgesetzt, weil bei Herausgabe der Verordnung die Vollreifenfabriken erlaubt hatten, den entsprechenden Vollreifenbedarf bis zum März 1920 mit Sicherheit deden zu können.

Inzwischen ist die Vollreifenherstellung, insbesondere wegen des Rohbrenzmangels, fast zurückgegangen, so daß schon jetzt feststeht, daß die Vollreifenfabriken bis Ende März d. J. bestimmt nicht in der Lage sein werden, auch nur den allerdringendsten Bedarf an Vollreifen zu decken, d. h. beim vollständigen Verbot der Eisenbereifung entstehen würde.

Infolgedessen ist in einer Besprechung mit den Vertretern der beteiligten Behörden, Fabrikanten und Fahrzeughaltern folgende Regelung vereinbart worden, nach der hiermit erlaubt wird, die dortigen höheren Verwaltungsbehörden mit Anweisung versetzen zu wollen:

Die Erlaubnis zur Verwendung einer nicht elastischen Bereifung für Kraftfahrtfahrzeuge kann auf Grund der Bundesratsverordnung vom 22. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 835) in Abweichung von der Verordnung des Reichsamtes für Luft- und Kraftfahrtwesen Nr. 241/19 vom 16. Oktober 1919 unter folgenden Voraussetzungen erteilt werden:

